

**Kaufen, kaufen, kaufen**

Aktuelle und historische Hintergründe über das Ende der DDR von Eberhard Czichon, Heinz Marohn, Klaus Huhn und Egon Krenz. Grafiken von Gerenot Richter, Johannes Heisig und Hartmut Hornung. Und viele DEFA-Klassiker auf DVD.

24 Seiten extra



www.jungewelt.de

Gegründet 1947 · Freitag, 28. August 2009 · Nr. 199 · 1,20 Euro · PVSt A11002 · Entgelt bezahlt

## Klare Ansage

Landtagswahl in Thüringen: Die Linke will im Fall eines Sieges den Ministerpräsidenten stellen

3

## Ungefährer Wechsel

Aufbruch wohin? Japans Opposition ist siegesicher, doch programmatisch bleibt vieles verschwommen

7

## Viel Krach

Keine Bundeswehr im Stadtzentrum: Proteste gegen Sommerbiwak der 1. Panzerdivision in Hannover

8

## Neue Ideen

Der lange Weg nach China: Guo Moruos Beitrag, wie Goethe in das Reich der Mitte kam

10

# Bomben made in Baden

Während Wolfgang Schäuble täglich vor dem »internationalen Terrorismus« warnt, fliegt in Lörrach eine Sprengstoffküche militanter Neonazis auf. Von Rainer Balcerowiak

Auch der Donnerstag verging nicht ohne das öffentliche Mantra von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Die Gefahr eines Terroranschlags sei »unverändert hoch«, da sich Deutschland nach wie vor »im Fadenkreuz des internationalen Terrorismus« befinde, erklärte er im *Hamburger Abendblatt*. »Erkenntnisse über konkrete Anschlagplanungen« habe man allerdings nicht, so Schäuble.

Da irrt der Minister. Seit Mittwoch gibt es sehr wohl entsprechende Erkenntnisse. Diese betreffen jedoch nicht den »internationalen Terrorismus«, sondern die Neonaziszene in Schäubles Heimatland Baden-Württemberg. Doch vielleicht rangiert das, was Ermittlungsbehörden beim »Stützpunktleiter« der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten im badischen Lörrach zutage förderten, bei Schäuble eher unter der Rubrik »Jugend forscht«. Laut einer am Donnerstag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung der Staatsanwaltschaft und der Polizei in Lörrach und nach Informationen der *Badischen Zeitung* hat der 22-jährige Thomas B. seit Ende 2008 in erheblichen Mengen Chemikalien wie Kalkammonsalpeter, Wasserstoffperoxid, Schwefelsäure, Nitromethan und Calciumkarbid bei verschiedenen Versandfirmen gekauft. Um kein Aufsehen zu erregen, seien die Bestellungen auch über die Adressen anderer »Kameraden« abgewickelt worden, zu denen auch der Lörracher NPD-Chef Christoph B. gehören soll. Gefunden wurden auch Bauteile für Fernzünder und Rohrbomben. Sprengstoffexperten der Polizei sind zu der Einschätzung gekommen, daß



Es ist angerichtet. Laut Sprengstoffexperten der badischen Polizei hätte das bei einem Lörracher Neonazi gefundene Chemikalienarsenal binnen Stunden zu einem Sprengkörper verarbeitet werden können

die aufgefundenen Materialien dazu geeignet gewesen seien, »innerhalb weniger Stunden explosionsgefährliches Material herzustellen«, hieß es in der Erklärung. Ferner habe der Mann sowohl über legale Waffen – er war im Schützenverein – als auch über laut Kriegswaffengesetz verbotene Sturmgewehre verfügt. Gegen ihn wurde am Nachmittag Haftbefehl erlassen.

Über konkrete Anschlagziele liegen den Ermittlern zwar noch keine Erkenntnisse vor, doch B. hat in den vergangenen Jahren als bekannter Skinhead und Aktivist der neofaschistischen »Freien Kräfte« nie einen Hehl aus seiner militanten Gesinnung gemacht. Antifaschisten aus der Re-

gion vermuten, daß Neonazis eine Aktion in Freiburg planten. Dort war es bislang stets gelungen, öffentliche Aufmärsche von Neofaschisten und die Gründung von Ortsgruppen zu verhindern. Im Visier der NPD und anderer Gruppierungen der Szene ist vor allem das alternative Stadtteilzentrum KTS, welches nach Information der Antifa, die offenbar Teile der E-Mail-Kommunikation der militanten Neonazis abgefangen hat, auch gezielt ausgespäht werden sollte. Nach eigenen Angaben habe die Antifa bereits im März 2008 auf Chemikalienkäufe durch Neonazis hingewiesen. Ob und wie die Behörden seinerzeit reagierten, ist nicht bekannt.

Angesichts der spätestens seit dem gescheiterten Verbotverfahren gegen die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht aktenkundigen Durchsetzung der Partei und ihres Umfeldes mit Geheimdienstmitarbeitern ist allerdings davon auszugehen, daß der Chemikalienkauf unter den Augen des Verfassungsschutzes stattfand. Das ist nicht die einzige Parallele zur sogenannten »Sauerlandgruppe«, die seit einiger Zeit als Beleg für die vermeintliche Bedrohung durch den »islamischen Terrorismus« herhalten muß und deren Zünderkäufer für mehrere Dienste tätig war. Wie Thomas B. hatte die Gruppe für den Bombenbau ebenfalls auf Wasserstoffperoxid gesetzt.

## Guantánamo-Häftling fordert Entschädigung



KABUL. Nach seiner Freilassung will Mohammed Jawad (Foto), einer der jüngsten Guantánamo-Häftlinge, von den USA eine Entschädigung für seine siebenjährige Gefangenschaft erstreiten. Zudem fordere er eine sofortige finanzielle Unterstützung für Essen und Unterkunft, sagte sein Anwalt Eric Montalvo am Donnerstag in Kabul. Es sei inakzeptabel, Jawad nicht bei seiner Wiedereingliederung in die Gesellschaft zu helfen, nachdem er sieben Jahre lang festgehalten wurde. Gegen Jawad war nie Anklage erhoben worden, da seine Aussagen nach Einschätzung der US-Justiz unter Folter erzwungen worden waren. Anfang der Woche wurde er nach Kabul geflogen. Die USA verdächtigen Jawad, mit einer Handgranate einen Anschlag auf ein US-Militärfahrzeug verübt zu haben. Seiner Familie zufolge war er erst zwölf Jahre alt, als er Ende 2002 in Kabul festgenommen worden war. (AFP/JW)

## IKB läßt sich nicht prüfen

DÜSSELDORF. Die mit staatlichen Milliardenhilfen gestützte Krisenbank IKB lehnt den Einsatz eines externen Sonderprüfers zur Aufarbeitung der Beinahepleite vor zwei Jahren weiterhin ab. Gegen einen Beschluß des Landgerichts Düsseldorf, das am Mittwoch die Fortsetzung der Prüfung angeordnet hatte, würden Rechtsmittel geprüft, erklärte IKB-Chef Hans Jörg Schüttler bei der Aktionärsversammlung am Donnerstag in Düsseldorf. Seit der Prüfer im März abberufen worden war, sei die Position der Bank unverändert. Kleinaktionäre hatten seine Wiedereinsetzung bei Gericht beantragt. Er soll untersuchen, ob Vorstand und Aufsichtsrat zur Milliardenkrise der Bank beitrugen. Trotz scharfer Proteste hatte der neue IKB-Großaktionär Lone Star den Gutachter abgesetzt und strebt eine Aufklärung unter Ausschluß der Öffentlichkeit an. (AP/JW)

Junge Welt wird herausgegeben von 858 Genossinnen und Genossen (Stand 26.08.09). Informationen: www.jungewelt.de/lpg

# Iran droht »Koalition der Willigen«

Merkel und Netanjahu kündigen härteres Vorgehen gegen Teheran an

Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu ist bei seinem Deutschlandbesuch am Donnerstag von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und *Bild*-Chefredakteur Kai Diekmann empfangen worden. Die damit verbundenen Pressetermine nutzte der Rechtsaußenpolitiker, um sein Land bezüglich der Palästina-Frage als friedens- und verhandlungsbereit darzustellen und weiter Stimmung gegen Iran zu machen. Im Springer-Hochhaus rief Netanjahu nach der

Entgegennahme der Originalpläne des Vernichtungslagers Auschwitz zum »entschlossenen Handeln« gegen die »Feinde Israels« auf.

Merkel zeigte sich nach dem Treffen mit ihrem israelischen Amtskollegen »optimistisch« über die Chancen des Nahostfriedensprozesses. Ein »wichtiger Baustein und eine Voraussetzung« sei aber ein »Stopp des israelischen Siedlungsbaus«, Netanjahu erklärte, er sei nach wie vor bereit, »ohne Vorbedingungen« Verhandlungen mit den Palästinensern

zu führen. Sich selbst widersprechend setzte er hinzu: Die Anerkennung eines Palästinenserstaates durch Israel müsse aber umgekehrt bedeuten, daß die Palästinenser Israel als jüdischen Staat anerkennen.

Beängstigend die gemeinsamen Drohungen gegen Iran. Merkel sagte, bezüglich des Atomstreits lägen alle Offerten an Teheran »auf dem Tisch«. Sollte darauf bis zum September keine positive Reaktion erfolgen, würde »die internationale Gemeinschaft« – spricht: die USA und die EU – über

»stärkere Maßnahmen« sprechen. Möglich seien Sanktionen im Energie- und Finanzbereich. Netanjahu sprach sich für Sanktionen aus, die »wirklich weh tun«. Sollte es hierbei zu keinem Beschluß des UN-Sicherheitsrats kommen, sei auch eine »Koalition der Willigen« denkbar. Das läßt schlimmes befürchten, hatte den Begriff doch US-Präsident George W. Bush im Vorfeld der völkerrechtswidrigen Irak-Invasion 2003 geprägt.

Rüdiger Göbel

◆ Siehe Seiten 6 und 8

